



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 26. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 691 Postulat Wimmer-Lötscher Marianne und Mit. über einen Planungsstopp bei der Fusion von Luzerner Kantonsspital und Kantonsspital Nidwalden / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Marianne Wimmer-Lötscher hält an ihrem Postulat fest.

Marianne Wimmer-Lötscher: Entgegen dem Antrag der Regierung hält die SP am Postulat fest. Der Regierungsrat geht nur ansatzweise auf die Begründung der Postulantin für einen Planungsstopp ein. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass für einen Marschhalt auf dem Weg zur LUKS Holding AG, trotz Interessenbekundung des Kantonsspitals Obwalden mit dem LUKS zu kooperieren. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, dass die eigentliche Angebotskoordination erst nach einem Zusammenschluss erfolgen würde und der Zusammenschluss des Kantonsspitals Nidwalden mit dem Luzerner Kantonsspital kein Präjudiz schafft für weitere Spitäler, die sich dem Verbund anschliessen wollen. Die SP ist sich bewusst, dass die Erarbeitung eines Planungsberichtes den Prozess hinauszögern würde. Die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Spital Nidwalden funktioniert mit den heutigen Strukturen beispielhaft. Die SP steht dafür ein, dass die qualitativ hoch stehende medizinische Versorgung auch in Zukunft gesichert ist, was aber nur möglich ist, wenn auch die wirtschaftlichen Aspekte konsequent mitberücksichtigt werden. Dass die Besteller der Leistungen für die Defizite aufkommen müssen, ist noch kein Garant für eine wirkungsvolle, zweckmässige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung. Fakt ist, dass weitere kleine Spitaleinheiten zunehmend unter Druck kommen und daher Anschluss an grössere Zentrumsspitäler suchen. Gesundheitsdirektoren argumentieren bei Kooperations- und Verbundabsichten meist mit der Sicherung der medizinischen Versorgung. In diesem Kontext werden immer auch die zu geringen Fallzahlen und die wohnortnahe und hoch spezialisierte Versorgung thematisiert. Kaum erwähnt werden dabei die Veränderungen der ambulanten Versorgung und der Rückgang der stationären Spitalaufenthalte. Damit einhergehend sind Leerbetten längst keine Ausnahme mehr. Dennoch sind Neubauplanungen in vollem Gang. Aufgrund der digitalen Entwicklung sind immense Investitionen in IT-Projekte unumgänglich. Die Kostenspirale wird sich weiterdrehen, wenn die Entwicklungen nicht aktiv gesteuert werden. Selbst renommierte Experten wie PWC oder Krankenversicherer bestätigen, dass durch Fusionen unter Umständen teure Strukturen zementiert würden, statt dass gemeinsam in visionäre und effektive Entwicklungen investiert würde. In einem Planungsbericht soll aufgezeigt werden, wie sich der Spitalinfrastrukturbedarf in der Zentralschweiz, speziell in Luzern, Nidwalden und Obwalden, entwickelt und wie die qualitativ hoch stehende medizinische Versorgung wirtschaftlich massvoll auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Die SP plädiert dafür, mit Mut und Voraussicht die Entwicklung und Kosten der Gesundheitsversorgung unter anderem mittels einer zentralschweizerischen Spitalinfrastrukturplanung zu steuern. Luzern als grösster und

daher taktgebender Kanton hat es in der Hand.

Marlis Roos Willi: Die Postulantin fordert eine Sistierung der Zusammenarbeit des LUKS mit dem Kantonsspital Nidwalden. Das ist falsch. Der Prozess läuft bereits, und die beiden Kantone sammeln Erkenntnisse sowie wertvolle Erfahrungen, die zur Beurteilung von allfälligen weiteren Schritten benötigt werden. Das Gesundheitswesen und damit auch die Spitalversorgung unterliegen einem enormen Wandel, dem man sich nicht einfach verschliessen kann, indem man Zusammenarbeiten sistiert. Im Gegenteil, gerade jetzt ist es wichtig, am Ball zu bleiben. Die Regierung hat recht, wenn sie erklärt, dass es sich um einen sehr dynamischen Prozess handelt. Ein Planungsbericht würde im Moment keinen Mehrwert bringen, daher lehnt die CVP-Fraktion das Postulat ab.

Michèle Graber: Die Postulantin hat die Ausgangslage gut dargestellt. Die Entwicklung der Gesundheitskosten ist frappant und rasant. Um eine qualitativ hoch stehende medizinische Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, braucht es eine vorausschauende Planung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aspekte. Für eine gute medizinische Versorgung sind genügend Fallzahlen pro Spital und Arzt notwendig. Obwohl Leerbetten in Spitälern keine Ausnahme mehr sind, werden Neubauten geplant. Den durch die Postulantin verlangten Planungsstopp kann ich aber nicht nachvollziehen, denn die geplante Fusion der beiden Spitälern ist fast schon unter Dach und Fach. Die Fusion bezweckt genau eine Eindämmung der Kosten. Nach Meinung der GLP ist es nicht zielführend, den Vertrag rückgängig zu machen, bis sich der Kanton Obwalden allenfalls der Fusion anschliesst. Die Spitalregion Zentralschweiz würde dadurch massiv geschädigt. Der verlangte Planungsbericht bringt keinen Mehrwert. Die GLP lehnt das Postulat ab. Das LUKS muss sich weiterentwickeln können, um auf die rasanten Änderungen im Gesundheitswesen adäquat reagieren zu können.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir folgen der Argumentation der Regierung. Der Prozess dauert bereits zehn Jahre und ist noch nicht abgeschlossen. Im Frühling sind weitere Gespräche geplant, und es ist noch nicht bekannt, wie sich das Ganze politisch weiterentwickelt. Wenn der Holdingprozess erfolgreich zum Abschluss gebracht werden kann, fängt die Angebotskoordination überhaupt erst an. Fakt ist, dass sich die Gesundheitsversorgung noch stark ändern wird. Es ist unrealistisch, dieser grossen Herausforderung mit einem Planungsbericht begegnen zu wollen. Unser Rat kann politisch nicht so schnell reagieren, wie es notwendig wäre. Aus diesem Grund wurde das LUKS ausgelagert. Es wird nie möglich sein, einen Betrieb mit 7000 Mitarbeitenden und mit über 1 Milliarde Franken Umsatz durch unseren Rat führen zu wollen.

Herbert Widmer: Die FDP ist gegen ein Denkverbot, so wie es das Postulat mehr oder weniger verlangt. Wir sind mit der Regierung darin einig, dass der verlangte Planungsstopp zu unnötigen Verzögerungen führt. Die FDP lehnt das Postulat ab. Es ist davon auszugehen, dass auch in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen über die zukünftige Rechtsform des LUKS existieren. Wir sind aber über die Stellungnahme der Regierung erstaunt. So heisst es dort: „Der geplante und weit fortgeschrittene Zusammenschluss der beiden Kantonsspitäler Nidwalden und Luzern würde eine sehr lange und unnötige Verzögerung erfahren.“, und weiter: „Zurzeit sind beide Kantone daran, die öffentlich-rechtlichen Anstalten in Aktiengesellschaften umzuwandeln, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für den definitiven Zusammenschluss zu schaffen.“ In der Stellungnahme wird jedoch nicht erwähnt, dass der Vertrag bereits unterschrieben wurde. Das gefällt uns nicht, denn es wird mit keinem Wort erwähnt, dass zwar über Pläne diskutiert werden soll, wir aber vor einem demokratischen, parlamentarischen Prozess stehen. Nach den im Mai geplanten Gesprächen erwarten wir von der Regierung eine Botschaft. Wird diese Botschaft tief gehend und objektiv verfasst, würde sie fast dem verlangten Versorgungsbericht entsprechen. Wie sonst soll das Parlament ohne eine tief gehende Botschaft überzeugt werden, dass der vorgesehene Zusammenschluss von Vorteil sein soll? Wir erwarten eine offene und intensive Diskussion in der GASK, den Fraktionen und im Parlament. Das weitere Vorgehen und ob eine Botschaft erscheinen wird, ist den GASK-Mitgliedern zurzeit nicht bekannt.

Urban Frye: Die Grüne Fraktion hat das Postulat zwar mitunterzeichnet, danach aber vertiefte Diskussionen geführt, weil zwei Anliegen vermischt werden, die rein sachlich gesehen wenig miteinander zu tun haben. Deshalb befinden wir uns in einem Dilemma. Grundsätzlich begrüßen wir einen Versorgungsbericht, weil die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung ein Gesetzesauftrag ist. Ein solcher Bericht hat aber keinen Zusammenhang mit der vom Regierungsrat geplanten Spitalholding mittels einer Schachtelung von gewinnorientierten, rein privatrechtlich organisierten Aktiengesellschaften. Diese Spitalholding lehnen wir vollumfänglich ab. Das Postulat will nicht die Zusammenarbeit der Spitäler aufheben, sondern fordert einen Marschhalt beim Fusionsprozess. Das können wir unterstützen. Bei einer solchen Struktur wäre ausser einer von unserem Rat verabschiedeten Eignerstrategie keine weitere Einflussnahme durch das Parlament möglich. Ich habe an einer Informationsveranstaltung der Regierung und des Spitals Nidwalden teilgenommen und war schockiert, dass kein einziger Eckwert über den geplanten Aktionärsbindungsvertrag bekannt war. Ich habe den Eindruck erhalten, dass die Akteure selbst gar nicht wissen, um was es eigentlich geht. Was der Spitalrat schon bei der aktuellen, öffentlich-rechtlichen Organisationsform von politischen Prozessen, Einflussnahme, politischen Akteuren und der Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen hält, haben wir gerade gesehen – er foutiert sich schlichtweg darum. Für die geplante Spitalholding kann ein solches Verhalten nur das Schlimmste bedeuten.

Yvonne Zemp Baumgartner: Wir wollen mit dem Postulat nicht die Zusammenarbeit der beiden Spitäler verhindern, im Gegenteil. Die Zusammenarbeit ist bereits erfolgreich und wird noch verstärkt. Uns geht es darum, die Fakten und die Auswirkungen der Holdingstruktur zu erfahren. Gerade weil grosse bauliche Investitionen anstehen, soll verhindert werden, dass das Geld einfach in die Infrastruktur fliesst. Zuerst soll der politische Prozess sauber durchgeführt werden. Erst mit dem nötigen Hintergrundwissen ist es möglich, weitere Entscheidungen treffen zu können.

Beat Meister: Ich stimme dem Postulat zu, nämlich aus einem gewissen Protest gegen die Amtsführung. So heisst es in der Stellungnahme, dass man nicht auf die Politik warten könne. Es werden bereits Fusionen unterschrieben, und der politische Prozess soll erst im Nachhinein stattfinden. Unser Rat wird vor vollendete Tatsachen gestellt, wenn es um die neue Rechtsform geht. Mir fehlen diesbezüglich auch etwas die Bemühungen des Gesundheits- und Sozialdirektors. Meiner Meinung nach handelt es sich um eine unpolitische und daher undemokratische Amtsführung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Postulantin fordert, Experten und Krankenkassen hinzuzuziehen. Davor warne ich. Im Kanton Luzern wird die Bettenanzahl heruntergefahren, und zwar in allen Spitälern. In Wolhusen werden jährlich zirka 60 000 ambulante Behandlungen durchgeführt, in Sursee ist die Zahl etwas höher. Eine Konzentration auf den Standort Luzern ist deshalb unmöglich. Die Spitalwelt wird sich völlig verändern. Das Postulat verlangt einen Planungsbericht über die Zentralschweizer Kantone. Obwohl die Versorgung nicht an der Kantongrenze endet, dürfte das schwierig sein. Mit dem Kanton Nidwalden arbeiten wir seit etwa acht Jahren zusammen, und das Vertrauen ist da. Vor allem im Informatikbereich sind gemeinsame Investitionen geplant. Ich bin etwas erstaunt über die Aussagen von Herbert Widmer. Er gehört dem Parlament schon über 20 Jahre an und weiss deshalb, dass wir eine Botschaft ausarbeiten werden. Das Parlament wird über jede Änderung der Rechtsform abstimmen können und nicht an Einfluss verlieren. Grundsätzlich ist es so, dass sich ein Kanton beteiligen kann, wenn er das will. Wir möchten eine Mehrheitsbeteiligung, da wir die zentrale Führung wollen. Derjenige Kanton, der etwas bestellt, bezahlt auch dafür. Beat Meister hat von einer Fusion gesprochen, das ist falsch. Hier handelt es sich nicht um eine Fusion, denn wir wollen nicht einfach grösser werden. Mein persönliches Ziel ist es, die Gesundheitsversorgung der Luzerner Bevölkerung sicherzustellen. Wir möchten nicht, dass jedes Spital alles anbietet, sondern dass gewisse Schwerpunkte vorgenommen werden. Das ist zumutbar und sichert die Zukunft der kleinen Regionalspitäler. Das Luzerner Kantonsspital ist das einzige Spital der Schweiz, das schwarze Zahlen schreibt. Alle

sprechen immer von den Regionalspitälern, aber die eigentliche Herausforderung stellen die fünf Universitätsspitäler dar. Eigentlich braucht es nur zwei Universitätsspitäler, aber niemand hat den Mut, diesbezüglich Anpassungen zu fordern. Wir müssen aufpassen, dass wir in der Gesundheitspolitik nicht immer alles zerreden – wir müssen auch handeln. Wir sind offen für die Zusammenarbeit mit anderen Spitälern, dabei will ich aber auch in Zukunft die hohe Qualität sicherstellen. Wir brauchen gewisse Fallzahlen, vor allem in der spezialisierten Medizin, sonst können wir diese Qualität nicht halten. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 85 zu 24 Stimmen ab.